Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3.10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 160 | Halver, Mittwoch, den 11. Juli | 1951

Verhandlungen in Kaesong heute morgen wieder aufgenommen

Kommunisten schlagen Pufferzone vor

Auch Austausch der Kriegsgefangenen angeregt — General Ridgway in Munsan

dmt. Soeul, 11. Juli

Die Waffenstillstandsverhandlungen sind am Mittwochmorgen in Kaesong wieder aufgenommen worden. Die UNO-Delegation begab sich mit Hubschraubern nach Kaesong, wo sie im Konferenzraum die kommunistische Delegation bereits vorfand. Nach einem Bericht des Senders Peking, mit dem ein Bericht des Moskauer Rundfunks weitgehend übereinstimmt, hat die kommunistische Delegation eine entmilitarisierte Zone am 38. Breitengrad vorgeschlagen. Die Einstellung der Feindseligkeiten soll gleichzeitig von den beiderseitigen Oberkommandos befohlen und der Rückzug auf eine Linie zehn Kilometer nördlich und südlich des 38. Breitengrades angeordnet werden. Verwaltungsmäßig sei in diesem entmilitarisierten Gebiet der Zustand vor Ausbruch des Koreakrieges wieder herzustellen.

Wie sich General Ridgway zu diesem Vorschlag stellt, ist im Augenblick nicht bekannt. Man weiß aber, daß der General sich in diesem Punkt freie Hand ausbedungen hat. Der militärische Wert einer etwa 30 km breiten Pufferzone zwischen den beiden Linien ist zweifellos viel geringer als der Wert von stark ausgebauten Stellungen, wie die UNO-Truppen sie im Augenblick innehaben. Vor Beginn der Verhandlungen soll General Ridgway gesagt haben, daß, falls es sich darum handeln würde, ob die 8. Armee ihre jetzigen sehr starken Linien räumen oder lieber auf eine „Pufferzone" verzichten sollte, wohl das letztere geschehen würde. Ridgway wird aber erst die volle Ueberzeugung gewonnen haben müssen, daß die Kommunisten den Waffenstillstand nicht zur Vorbereitung einer neuen Offensive mißbrauchen wollen, ehe er die 8. Armee ihre guten Gebirgsstellungen räumen läßt.

Eine weitere Empfehlung des nordkoreanischen Delegierten, Generaloberst Nam Ir, betrifft den Austausch der Kriegsgefangenen, der unverzüglich eingeleitet werden soll. Dieser Vorschlag stimmt mit der Auffassung der UNO-Delegierten überein, die auf jeden Fall um den Versuch bemüht sind, ihren Kriegsgefangenen so schnell wie möglich Erleichterungen zu verschaffen. Ferner erwähnt der Sender Peking den Vorschlag, daß alle ausländischen Truppen in kürzester Zeit aus Korea abgelöst werden sollen.

Beide Abordnungen werden von einem ausgedehnten Stab von Stenographen, Dolmetschern und Sachverständigen unterstützt. Die UNO-Abordnung wird von zwei Photographen der Armee begleitet. Pressevertreter sind vorert nicht zugelassen. Während der Verhandlungen steht die UNO-Abordnung in ständiger Funkverbindung mit General Ridgway, der sich in einem vorgeschobenen Feldlager in Munsan, 25 Kilometer südlich von Kaesong, aufhält. Die Verhandlungen verlaufen in einer „offenen und streng korrekten Atmosphäre". In dem vorgeschobenen Feldlager nördlich von Soeul, hatte der südkoreanische Präsident Syngman Rhee eine Besprechung mit General Ridgway über „rein militärische Fragen".

Zur gleichen Zeit erklärte ein Sprecher der südkoreanischen Regierung, es sei völlig abwegig, an eine Zusammenarbeit zwischen der nord- und südkoreanischen Regierung als Folge des Waffenstillstandes oder eines möglichen Friedens in Korea zu denken. Die Einheit des Landes könne

Malik beschwert sich

dpa. New York, 11. Juli

Der sowjetische UNO-Delegierte Jakob Malik und sein Stellvertreter Tsarapkin beschwerten sich kürzlich bei dem amerikanischen UNO-Delegierten Warren Austin über sowjetfeindliche Demonstrationen vor dem Gebäude der sowjetischen UNO-Delegation in New York. Wie TASS am Dienstag bekanntgab, teilte Malik Warren Austin am 3. Juli schriftlich mit, daß sich am 30. Juni eine etwa 20köpfige Gruppe von Demonstranten dem Gebäude der sowjetischen UNO-Delegation mit offensichtlich feindlichen Absichten genähert habe. Die Demonstranten hätten den Eingang des Hauses besetzt und zwei Kraftwagen der sowjetischen UNO-Delegation beschädigt, ohne daß anwesende Polizeibeamte eingegriffen hätten.

Tsarapkon beschwerte sich in einem weiteren Schrieben über einen zweiten Zwischenfall, der sich am vergangenen Sonnabend zugetragen haben soll. Trotz Anwesenheit von zehn Polizisten seien Besucher der sowjetischen UNO-Vertretung beim Betreten des Gebäudes von „Rowdies" belästigt worden.

Blank kommt zur Berichterstattung

Er nahm an den Pariser Plevenplan-Verhandlungen teil

dmt. Paris, 10. Juli

Der Leiter der deutschen Delegation auf der Pariser Konferenz, über den Pleven-Plan, Bundestagsabgeordneter Blank, nahm am Dienstag an der Vollsitzung der Konferenz im französischen Außenministerium teil, die fast zwei Stunden dauerte und sich mit der Aufstellung einer europäischen Armee und den Möglichkeiten einer Verwendung deutscher Einheiten in ihr beschäftigt. Blank wird am Mittwoch zur Berichterstattung beim Bundeskanzler Dr. Adenauer in Bonn erwartet, und voraussichtlich am Donnerstag wieder nach Paris zurückkehren.

Ueber den gegenwärtigen Verhandlungsstand wird völliges Stillschweigen bewahrt. Aus einem französischen Kommuniqué geht hervor, daß der französische und der deutsche Vertreter noch einmal die Punkte genau umrissen hätten, über die bisher Einigkeit erzielt werden konnte bzw. über welche noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Bonn bestehen.

Foster fordert 1,6 Milliarden Dollar für Europa

Notwendige wirtschaftliche Hilfe für westeuropäische Länder

dmt. Washington, 10. Juli

Für wirtschaftliche Hilfeleistungen an die europäischen Marshallplanländer forderte Marshallplan-Administrator Foster vom USA-Kongreß für das Finanzjahr 1951/52 1,650 Milliarden Dollar. Das Finanzjahr hat am 1. Juli begonnen.

Foster stellte seine Forderung vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses. Die Aufwendungen seien erforderlich, um in Europa die für die gegenseitige Sicherheit notwendige Stärke zu schaffen. Das Sicherheitsprogramm Präsident Trumans, das wirtschaftliche Hilfe in Höhe von 8,5 Milliarden Dollar für die den USA befreundeten Staaten vorsieht, müsse dem Aufbau einer gegen den Kommunismus unempfindlichen starken Wirtschaft in Europa dienen, in den unterentwickelten Gebieten der Welt ein Gefühl der Partnerschaft mit der freien Welt schaffen und in den Ländern der freien Welt die Erschließung gegenwärtig knapper kriegswichtiger Rohstoffe, eine Vergrößerung der vorhandenen Vorräte und eine gerechte Verteilung auf die Länder der freien Welt ermöglichen.

Die westeuropäischen Länder könnten ihre Bemühungen nicht im gegenwärtigen Umfang fortsetzen, wenn ihnen die amerikanische Hilfe versagt würde. Die Amerikaner seien allerdings nur gewillt, den Staaten zu helfen, die sich eine Unterstützung durch eigene Anstrengungen verdient hätten.

Die ungarische Regierung wies am Dienstagabend „kategorisch" eine amerikanische Note zurück, in der Ungarn beschuldigt worden war, bei dem Grosz-Prozeß und bei der Ausweisung zweier Mitglieder der Budapester USA-Gesandschaft die Menschenrechte verletzt zu haben. Die amerikanische Note bedeute „eine unverschämte Einmischung" in ungarische Angelegenheiten.

Gefängnis für Helgoland-Demonstranten

Strafen von 31 Tagen bis 9 Monaten — „Offene Mißachtung des Gerichts"

dpa. Kiel, 11. Juli

32 Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren, darunter ein Mädchen, wurden am Dienstag von einem britischen Gericht in Kiel zu Gefängnis von 31 Tagen bis zu neun Monaten verurteilt, weil sie Helgoland trotz des alliierten Verbotes betreten haben. Sie gehören zu den 36 kommunistischen Helgoland-Demonstranten, die in der Nacht zum 10. Juni auf der Insel durch deutsche Polizei festgenommen und auf das Festland zurückgebracht worden waren.

Das Gericht kam zu den unterschiedlichen Strafen, weil es der Ansicht war, daß mehrere Angeklagten ihre Straftaten „auf die leichte Schulter" und außerdem noch eine offene Mißachtung des Gerichts an den Tag gelegt hätten. Drei der 36 festgenommenen Helgolandfahrer hatten bereits vor 14 Tagen vom gleichen Gericht Strafen mit Bewährungsfrist erhalten, oder waren unter Jugendaufsicht gestellt worden. Die 36. Angeklagte, ein 15jähriges Mädchen aus Braunschweig, war nicht zum Termin erschienen.

Nachtmärsche der FDJ

dpa. Braunschweig, 10. Juli

Nach ihren mißglückten Autobusfahrten zur Zonengrenze organisierte die im Bundesgebiet verbotene kommunistische FDJ in der Nacht zum Dienstag im Braunschweiger Raum Nachtmärsche. Bis Dienstagfrüh wurden 82 Marschteilnehmer, meist Jugendliche, festgenommen. Der größte Teil von ihnen, Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren, wurde sofort zu den Eltern entlassen.

Es ist möglich, daß es in der Nacht einigen Trupps oder Einzelpersonen gelungen ist, illegal die Zonengrenze zu überschreiten.

18 Kinder im Alter von 8 bis 14 Jahren wurden am Dienstagvormittag in einem Polizeiomnibus von Helmstedt nach Braunschweig gebracht. Sie hatten am Montagabend den umgekehrten Weg im Fußmarsch zurückgelegt, um in Helmstedt die Zonengrenze zu überschreiten. Die Kinder waren zum Teil derart erschöpft, daß sie kaum noch einen Schritt tun konnten.

Wer will noch Lehrer werden?

Freude an seinem Beruf, Berufung dazu, muß man bei einem Lehrer voraussetzen. Voraussetzen muß man auch einen geschliffenen Geist, der weder Zeit noch Mühe scheut, sich ständig weiterzubilden, um diese Bildung seinen Schülern zu übermitteln. Weder das eine noch das andere kann vom Idealismus allein leben. Auch der Lehrer bedarf einer gesunden materiellen Grundlage, die ihm ein erfolgreiches Schaffen ermöglicht.

Bei einem Volksschullehrer mit einem monatlichen Durchschnittsgehalt von 230 DM in einem Alter, wo der junge Mann den Wunsch hat, eine Familie zu gründen, kann man von dieser gesunden materiellen Grundlage nicht sprechen. Er verdient weniger als ein Facharbeiter. Hat sich der Volksschullehrer durch 20 Dienstjahre hindurchgearbeitet, so winken ihm 400 DM im Monat, — die höchste Grenze des für ihn Erreichbaren, aber immer noch weniger, als ein Spezialarbeiter verdient.

Das Leben des Mannes, der Tag für Tag seinen Kindern das Rüstzeug für den Lebenskampf mitgeben soll, ist angefüllt mit grauer Alltagssorge um das tägliche Brot. Er wird es nicht verantworten können, seinen Schülern zu sagen: „Werdet Volksschullehrer!" Solange die von den Gewerkschaften und vom Staat geduldete Unterbewertung jeder geistigen Tätigkeit andauert, wird es der Lehrer für seine Pflicht halten müssen, die Jugend vor einem geistigen Beruf zu warnen. Die Folgen zeigen sich mit erschreckender Deutlichkeit:

Für 300 offene Lehrerstellen, die in diesem Jahre in einem westdeutschen Land zu besetzen waren, standen 60 neuausgebildete Bewerber zur Verfügung. Das Pädagogische Institut dieses Landes hoffte auf 300 Anmeldungen zum Sommersemester, um nach der erforderlichen Auslese 200 Studenten aufzunehmen. Es meldeten sich 95 Studenten, die das Wagnis auf sich nehmen wollten, Lehrer zu werden! Zwei Drittel von ihnen werden, nach den Erfahrungen des Institutes, die Abschlußprüfung machen. Benötigt werden aber — außer den 240 Stellen, die in diesem Jahre unbesetzt blieben — 1952 weitere 275 Lehrer, 1953 bereits 315! An die Besetzung von 70 vakanten Lehrerstellen an den Berufsschulen des Landes ist überhaupt nicht zu denken.

Die Lage des pädagogischen Nachwuchses ist in allen westdeutschen Ländern gleich. Lediglich die Zahl der vakanten Stellen variiert. Diese Feststellung ist umso schwerwiegender, als sie in eine Zeit fällt, in der die sorgfältigste Ausbildung der Jugend nötiger denn je ist, zumal es die Lücken der Kriegs- und Nachkriegszeit zu überwinden gilt.

Ho.

Bekenntnis der Brüder

Re. Nicht einmal die „offizielle" Kirche steht dahinter, schrieb kürzlich in einem Vorwort zum Deutschen Evangelischen Kirchentag der Berliner Bischof Dr. Dibelius. Was treibt die hunderttausende Menschen, so fragt man sich, denn nur nach Berlin, ohne Zwang, ohne Organisation, ohne irgendwelchen Herdentrieb? Für manche Teilnehmer gibt es vielleicht rein äußerliche Gründe: der verbilligte Besuch von Verwandten, die Möglichkeit nach Jahren wieder einmal zu der von der roten Flut umspülten Insel zu kommen, dort nahestehende Menschen aus der Sowjetzone treffen, und nebenbei auch etwas in aufgelockerter Form von dem mitzuerleben, was die Kirche für die Nation bedeutet. Die meisten Berlin-Fahrer aber werden schon das großartige Erlebnis des vorjährigen Kirchentages in Essen hinter sich und nun den Wunsch haben, dieser großen Kundgebung an der Nahtstelle zweier politischer Fronten mitzumachen, die teils im West- und teils im Ostsektor der ehemaligen deutschen Hauptstadt stattfindet.

„Wir sind doch Brüder", in diesem Motto des Kirchentages liegen Stolz und Trotz, christliches Bekenntnis und christliche Verpflichtung eingeschlossen. Sei Deutschland zwangsgeteilt ist, kann die Kirche von sich behaupten, die einzige bindende Klammer zwischen Ost und West zu sein. Nicht einmal die Regierenden jenseits des Eisernen Vorhanges wagen dies zu leugnen. Sie nehmen diese Tatsache in Kauf, wenn auch in dem heimlichen Wunsch, von hier aus einen Anhaltspunkt zu finden, um in der kommunistischen Atmosphäre des Berliner Ostsektors die Gäste aus dem Westen einige Tage festzuhalten und ihnen politisch näherzukommen. Die Botschaft des sowjetzonalen Staatspräsidenten Pieck ist ein Beweis dafür, daß man den Kirchentag zur „Friedens-Propaganda" verwenden möchte.

Evangelische Christen aber, die es ernst mit ihrem Glauben nehmen, sehen in dem Wesen der kirchlichen Laienbewegung nicht ein politisches, sondern zuerst ein persönliches Bekenntnis zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Botschaft des Evangeliums. Sie sind sich klar darüber, daß in beiden Teilen Deutschlands heute noch lange nicht erfüllt ist, was die Kirche von der Obrigkeit erwarten muß. Solange in der Ostzone die Rede- und Gewissensfreiheit nicht hergestellt ist und solange im Westen, um nur den Fall Kemritz als Beispiel zu nennen, die maßgebende Besatzungsmacht ihren schützenden Arm über einen Menschenräuber hält, ist etwas faul im Staate, ob er sich nun volksdemokratisch oder nur demokratisch nennt. Und gegen solche Fäulnis aufzutreten, sieht die Kirche Jesu Christi als ihre Pflicht an, nicht aber, sich zum Verbündeten dieser oder jener weltanschaulichen Macht auf Erden degradieren zu lassen. In dieser hohen Auffassung von christlichen, schöpferischen Idealen begegnet sich die evangelische Kirche mit der katholischen, aus deren Reihen auch an diesem Kirchentag in Berlin wieder hohe Würdenträger teilnehmen.

Aus dieser hohen persönlichen Verantwortung heraus trat eine Persönlichkeit wie der im vorigen Jahr noch beim Kirchentag als Bundesminister anwesende Dr. Heinemann vom Amt zurück, als es galt, den Alliierten klar zu machen, was deutscherseits zu tun wäre, wenn man Westdeutschland an der Verteidigung Westeuropas unter Voraussetzungen beteiligen würde, die man als Deutscher als ungenügend bezeichnen müßte, So ist das Wirken christlicher Männer nicht bestimmt von politischen Doktrinen, sondern vom Auftrag eines Höheren, und so ist die Kirche in den Wirren unserer Zeit der einzig gültige Maßstab für eine Politik der brüderlichen Liebe zueinander, ein Machtinstrument, mit dem auch die Politiker zu rechnen gut täten. Der Berliner Kirchentag will den Menschen dienen, den deutschen Menschen in West und Ost. Allein darum ist er auch ein politisches Ereignis, weil diese Menschen heute zwangsläufig in zwei Staaten leben, deren Bewohner zueinander finden wollen und müssen.

Max Reimann sprach in Gelsenkirchen

dmt. Koblenz, 10. Juli

Wie dem kommunistischen Organ des Landes Rheinland-Pfalz, „Unser Tag", zu entnehmen ist, erschien der westdeutsche Kommunistenführer Max Reimann kürzlich auf einer kommunistischen Versammlung in Gelsenkirchen, wo er vor „Parteiaktivisten" sprach und von „nicht endenwollendem Beifall" begrüßt worden sei.

Max Reimann wird bekanntlich gesucht, weil er im Verdacht steht, an der Entführung und der Verhaftung des Bundestagsabgeordneten Kurt Müller maßgebend beteiligt gewesen zu sein, der im Mai vorigen Jahres nach seinem Ausschluß aus der KPD von der ostdeutschen Volkspolizei verhaftet worden war.

Die Passagiere des britischen Schiffes „Empreß Queen" wurden von einem Rettungsschiff übernommen. „Empreß Queen" befand sich im Aermelkanal und war durch den Bruch des Steuers, den starker Wellengang verursacht hatte manöverierunfähig geworden.

Die Seite der Heimat

Halver, den 11. Juli 1951

Der Sandfloh und die Schnecke

Wenn heute jemand auf den Gedanken käme, die Zahlungsanweisung an seine Bank als „Cheque" zu bezeichnen, so könnte man sich über soviel orthographischen Konservativismus zwar wundern, aber der Mann wäre nicht im Unrecht, denn der Scheck war ursprünglich ein „Cheque". Anders ist es mit Chic; dieser verleugnet seine französische Herkunft auch heute noch so wenig, daß im allgemeinen davon abegesehen wird, aus dem Chick einen „Schick" zu machen. (Ich persönlich halte das, wenn es geschieht, für Barbarei.) Was nun allerdings den „Chique" betrifft, der am Schaufenster eines besseren Modewarengeschäftes als „der Damen wahres Glück" gepriesen wird, so muß ich gestehen, daß ich den Sandfloh (so heißt „chique" nämlich!) weder für chic noch für „schick" halte.

Um aber noch einmal auf den „Cheque" zurückzukommen, so finde ich es von dem alten Franzosen ganz vernünftig, daß er sich diesseits des Rheines eine deutsche Schreibweise zugelegt hat; aber ob die Bundespost nicht doch etwas zu weit geht, wenn sie den (Post-)Scheck in der Mehrzahl (bei mir kommt er leider nur selten über die Einzahl hinaus) als „Schecke" bezeichnet? Da halte ich es doch lieber mit der Städtischen Sparkasse, die nach wie vor der Meinung ist, daß bei ihr nicht „Schecke", sondern Schecks präsentiert werden. **Louis**

Halver

Denen, die es nötig hatten

läßt man jetzt zukommen, dessen sie schon seit Jahren bedurften. Verschiedene Straßen unserer Ortschaft werden im Augenblick mit einer Teersplittdecke versehen. Die Kirchstraße wurde bereits auf ihrer ganzen Länge überholt. Man ist jetzt dabei, die Südstraße mit einem neuen Belag zu versehen. Der Tauberstraße ließ man bisher nur ein Stückchen reparierter Strecke angedeihen. Der Langenscheider Weg bekam in diesen Tagen die erste Packlage und es wird hoffentlich nicht lange dauern, bis er wieder befahren werden kann.

Kreis-Gesundheitsamt geschlossen

Infolge des Besuches der Gesundheitsausstellung in Köln bleiben die Diensträume des Gesundheitsamtes Altena, Hochstraße 28, am Donnerstag, dem 12. Juli 1951 geschlossen.

Segelfliegertreffen fällt aus

Die für heute vorgesehene Zusammenkunft der Halverschen Segelflieger muß ausfallen, da eine Besprechung der Lüdenscheider Gruppe angesetzt ist, an der verschiedene Mitglieder teilnehmen wollen. Es sollen die Einzelheiten des am 22. 7. in Lüdenscheid stattfindenden Ausscheidungswettbewerbes für die Borkenberge besprochen werden. Die Zusammenkunft der Halversche Gruppe findet erst in der kommenden Woche zur gleichen Zeit statt.

Wirteverein Halver tagt

Am Donnerstag, dem 12. Juli, nachmittags, veranstaltet der Wirteverein Halver im Hause zur Fuhr eine Versammlung, zu der allseitiges Erscheinen dringend erwünscht ist.

175 000 Vermißtenschicksale

sind in Westfalen noch zu klären. Unterstütze durch Deine Spende den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes.

DRK-Meldestellen im Amtsbezirk Halver

Meldungen unverzüglich erbeten

Kriegsgefangene, die seit 1949 erstmalig wieder an ihre Angehörigen geschrieben haben, bittet der Kreisverband Altena des Deutschen Roten Kreuzes unverzüglich den nachstehend aufgeführten DRK-Dienststellen zu melden. Es wird gebeten, in dieser Meldung, Name, Vorname, Geburtstag, bisherige letzte Anschrift (Lager), neue Lageranschrift und Anschrift der Angehörigen anzugeben. Ferner wird gebeten, Angaben über den Inhalt der Lebenszeichen zu machen, insbesondere über das Befinden des Kriegsgefangenen und ob er um Post und Pakete bittet.

Angehörige, die dem Kreisverband bereits schon einmal Mitteilung über die seit 1949 wieder eingetroffene Post gemacht haben, werden gebeten, diese Meldung nicht zu wiederholen, es sei denn, daß sich nach dem ersten Lebenszeichen die Lagernummer nochmals geändert hat.

Die für den Amtsbezirk Halver zuständigen Meldestellen sind:

Frau Luise Meyer, Halver, Hagener Str.
Herr Fabrikant Nachrodt, Schalksmühle
Frau Anita Lausberg, Oberbrügge.

Großmüttertag bei der Ev. Frauenhilfe

Der Einladung der Ev. Frauenhilfe Halver zum Großmüttertag waren über hundert Omas gefolgt. Pastor Dr. Große-Dresselhaus faßte die Begrüßung in die Worte des 71. Psalms und den Monatsspruch: „Nehmet Euch untereinander auf, wie Euch auch Christus aufgenommen hat." Ein Gedicht leitete zu den weiteren Darbietungen, bestehend in Gesang und Vorträgen ernsten und heiteren Inhalts über. Festlich und reichlich gedeckte Tische luden zum Kaffeetrinken ein. Drei Mitglieder des Kirchlichen Posaunenchors erfreuten durch ihre musikalischen Weisen.

Neues vom Schach in Halver

Am vergangenen Sonntag fand in Lüdenscheid das Rückspiel gegen den Schachverein „Königsspringer" statt. Leider konnte nur ein Unentschieden erspielt werden, da einige Spieler durch falsche Züge ihre Chancen vergaben. So konnten z. B. Ostrowski gegen Kolle und Frielingsdorf gegen Leichenberg ihre Partie gewinnen, während Borowski gegen Ander jr. ein Remis hätte halten können.

Folgende Einzelergebnisse wurden erzielt: Dudzik—Hendrichs 1:0, Ostrowski—Kolle 0:1, Voß—Mähler 0:1, Kurt—Persche 0:1, Poguntke—Heimbrock 1:0, Spiegelberg—Ander sen. 1:0, Vits—Filla 1:0, Hölzemann—Jarchow ½:½, Halverscheid—Heide 1:0, Borowski—Ander jr. 0:1, Frielingsdorf—Leichenberg 0:1.

In der Zeit vom 25. 5. bis 6. 7. wurde innerhalb des Schachvereins Halver ein Thematurnier veranstaltet. Es handelte sich um die „Sizilianische Verteidigung", wobei die ersten 6 Züge der Eröffnung vorgeschrieben waren. Es wurde in 2 Gruppen gespielt.

Gruppe 1: 1. Poguntke 5½ P., 2. Vits 5 P., 3. Hölzemann 3½ P., 4. Müller 2½ P., 5. Halverscheid 1½ P., 6. Borowski 1½ P., 7. Spiegelberg 1½ P.

Gruppe 2: 1. Ecker 4 P., 2. Meierhöfer 1½ P., 3. Kurt 1½ P., 4. Vietmeier ½ P., 5. Frielingsdorf ½ P.

Am kommenden Freitag findet der turnusmäßige Lehrabend statt. Hier werden die Auslosungen für die am 20. 7. beginnende Ortsmeisterschaft vorgenommen. An dieser Ortsmeisterschaft können auch Nichtmitglieder teilnehmen. Anmeldungen von Interessenten werden am 20. 7., um 20 Uhr, im Spiellokal (Gastwirtschaft Brocksieper, Frankfurter Straße) entgegengenommen.

Richtfest am Hälversprung

Hier konnte in den letzten Tagen wieder ein Wohnhausneubau gerichtet werden. — Die Bauarbeiten an dem Fabrikneubau der Fa. Bangert in der Frankfurter Straße haben recht gute Fortschritte gemacht. Das erste Stockwerk ist nunmehr vollendet und ein Teil der Decke konnte bereits eingezogen werden.

70 Jahre Löschzug Halver

„Roter Hahn, nimm dich in acht . . ."

Die Freiwillige Feuerwehr Halver hält Wacht — Vom Juli 1881 bis Juli 1951 — Die Festfolge zum Jubiläum

Wenn jemand siebzig Jahre alt wird, dann steht es ihm schon an, einen Rückblick auf das Vergangene zu tun und diese sieben Jahrzehnte noch einmal vor dem geistigen Auge passieren zu lassen. Wohl dem, der dann sagen kann: es war eine lange, manchmal schwere, im ganzen aber doch eine erfolgreiche, an Mühen, aber auch an Anerkennung reiche Zeit. So ist es auch mit dem Löschzug Halver der Freiw. Feuerwehr. Nicht weniger als siebzig Jahre besteht er jetzt. Mühe, Arbeit und Erfolge im Dienst am Nächsten sind ihm beschieden gewesen. Werfen wir darum einen Blick auf die Entwicklung unseres heimischen Löschzuges und sein uneigennütziges Wirkenw ährend dieser langen Zeitspanne.

Am 24. Juli 1881 war es, als die erste Uebung des Löschzuges Halver stattfand. Nur eine einfache Druckspritze stand damals zur Verfügung. Im folgenden Jahre, zu Silvester 1882, konnte eine Saug- und Druckspritze beschafft werden, die dementsprechend auf den Namen „Silvester" getauft wurde. Mehrere Jahrzehnte später, im Mai 1927, war es dann so weit, daß eine Motorspritze aus Hagen geholt werden konnte. Sie wurde auf den Namen „Hans" getauft — eine sinnvolle Ehrung für die Verdienste des Kameraden Hans Fastenrath. Im Jahre 1928 kam ein Mannschaftswagen dazu — vorher verfügte der Löschzug Halver nur über Pferdefuhrwerke und Lastwagen.

In den Jahren nach 1933 bestand die Freiw. Feuerwehr Halver als „technische Hilfspolizei" weiter. Anfang 1939 konnte eine 800-Liter-Tragspritze — „TS 8" — beschafft werden. Im Jahre 1943 kam ein großes Löschfahrzeug für 1500 Liter — ein LF 15 — für Katastropheneinsätze und Großeinsätze in den Großstädten hinzu. Dieses Fahrzeug wurde im Rahmen der Einsatzbereitschaft des Kreises Altena, für die Halver eine Gruppe zu stellen hatte, eingesetzt.

Wie sieht es nun heute aus?

Heute verfügt der Löschzug Halver über ein LF 8, ein LF 15, eine Drehleiter, zusätzlich ein LF 8, eine Lichtmaschine mit drei Scheinwerfern, mit der Licht selbst erzeugt werden kann, eine Telefonausrüstung und die zur Waldbrandbekämpfung erforderlichen Werkzeuge. Man kann somit feststellen, daß unsere Freiw. Feuerwehr im Rahmen der Verhältnisse modern ausgerüstet ist. Sie verfügt überdies über die einzige Kleiderkammer im Kreis, in der jeder Wehrangehörige seinen nummerierten Haken für Koppel, Gasmaske usw. besitzt.

Sehr oft wurde von den Männern des Löschzuges Halver

in diesen siebzig Jahren härtester Einsatz

gefordert. In den ersten 50 Jahren bekämpfte sie nicht weniger als 103 Brände. In den darauf folgenden 20 Jahren, also bis zum heutigen Tage, waren es sogar schon 74, also verhältnismäßig weit mehr als in den ersten 50 Jahren. Dazu kamen 13 Einsätze in den von Bombenfliegern angegriffenen Großstädten. Es waren dies 2 Einsätze in Köln, weitere je zwei in Dortmund, Siegen, Meschede, Hagen und Wuppertal, ein Einsatz in Remscheid. Bei jedem Fliegeralarm war überdies sofort eine Gruppe im Amtshaus einsatzbereit. Außerdem stellte Halver jede 6. Nacht eine Gruppe für die Einsatzbereitschaft. Der Wehr unterstand ferner ein Gasspür- und Entgiftungstrupp, der von ihr ausgebildet wurde, auch die Ausbildung im Luftschutz und der Werkswehren war ihre Aufgabe. In der Freizeit baute die Freiw. Feuerwehr Halver schließlich zusammen mit der Technischen Nothilfe eine zusätzliche Reserveleitung von den Heider Teichen bis zur Hermann-Köhler-Straße.

Dann kam der Zusammenbruch. Aber

bereits am 24. Mai 1945

fand wieder eine erste Zusammenkunft der Wehrkameraden statt und sie waren wieder zur Stelle. Viel Wiederaufbauarbeit war zu leisten. Vieles war zerstört, geplündert, entwendet. Und schon war wieder am 24. Oktober 1945 ein Einsatz — auf der Dommelnheide — erforderlich, der eine ganze Nacht in Anspruch nahm.

Und so gehören nun der Freiwilligen Feuerwehr Halver 37 aktive Kameraden, einer davon über 40, sieben über 25 Jahre aktiv, an. Dazu kommen 19 Kameraden der Reserveabteilung.

Ihnen allen können wir den schönsten Dank zollen, wenn wir ihrer am kommenden Wochenende — ihrem 70jährigen Jubiläum — ehrend und dankend gedenken und die Häuser mit frischem Grün schmücken. Denn unsere Wehrmänner werden an diesen beiden Tagen nicht allein sein. Es werden

5—600 Kameraden aus dem Kreis

erwartet.

Am Samstagabend beginnen die Jubiläumsveranstaltungen bereits um 19 Uhr mit einem Kommers unter der Mitwirkung des Kreis-Musikzuges aus Plettenberg. Am Sonntagmorgen ist um 6.30 Uhr der Weckruf. Um 10 Uhr findet im Haus zur Fuhr eine Technische Tagung der Freiwilligen Feuerwehren des Kreises Altena, um 11 Uhr ein Platzkonzert statt. Um 14.15 treten die Kameraden in der Thomasstraße zum Festzug an, nachdem vorher eine Uebung der Freiw. Feuerwehr Halver stattgefunden hat, die einen Einblick in diese Hilfstätigkeit bietet. Der Nachmittag bringt dann ab 16 Uhr auf der Karlshöhe ein großes Festkonzert mit großem Zapfenstreich und anschließendem Tanz.

An beiden Tagen wird — dies wollen wir noch erwähnen, die Fahne des Löschzuges, die, vor 20 Jahren gestiftet, ein wechselvolles Schicksal vorübergehend nach Frankreich verschlagen hatte, mitgeführt.

Am Samstag wird an der Kurve der Marktstraße zur Frankfurter Straße hin ein großer Roter Hahn errichtet werden, der das folgende Motto trägt: „Roter Hahn, nimm dich in Acht, wir halten auch zum Feste Wacht". Der Bekämpfung dieses Roten Hahnes galt die Arbeit des Löschzuges Halver nunmehr nicht weniger als 70 Jahre. . . . . **Dr. W.**

Das Rentenzulassungsgesetz

20 Prozent aller Waisenrenten-Empfänger ausgeschlossen

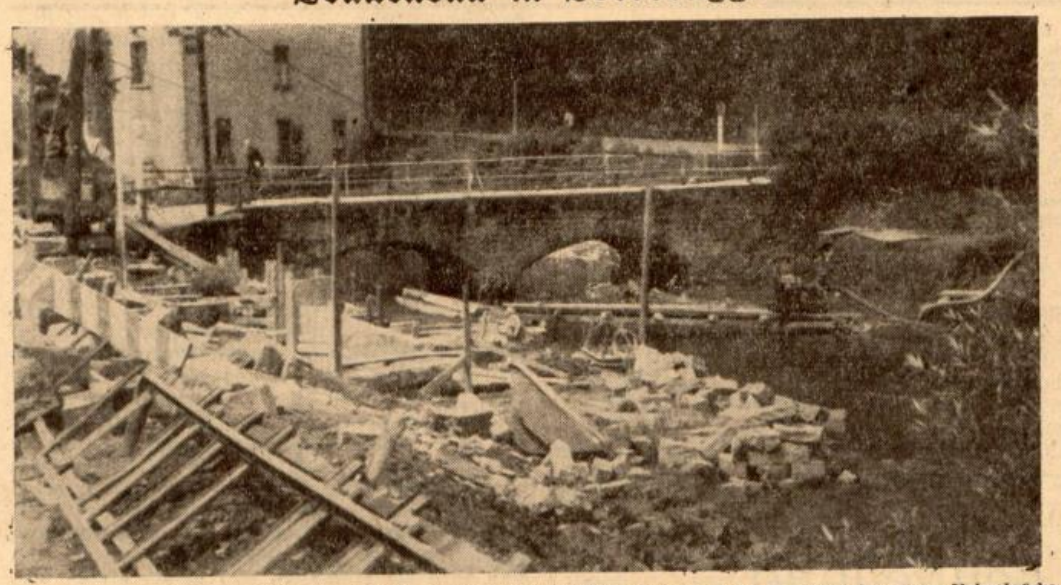
Der Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten teilt uns mit:

Das Gesetz über die Gewährung von Zulagen in der gesetzlichen Rentenversicherung ist bis zum heutigen Tage dem Bundestag zur Verabschiedung noch nicht vorgelegt obgleich der Bundestag in einer früheren Sitzung bereits beschlossen hatte, die Rentenaufbesserung von 25 Prozent schon mit Wirkung vom 1. Juni d. J. in Kraft treten zu lassen. Diese Tatsachen sind allgemein bekannt, und viele Rentner sind bei der Rentenzahlung am 1 Juli schwer enttäuscht worden, als sie wieder mit ihrem geringen Rentenbetrag sich abfinden lassen mußten. Sehr vielen Rentenempfängern ist aber auch nicht bekannt, daß, wenn der Bundestag die Regierungsvorlage ohne die vom Reichsbund geforderten Mindestsätze annimmt, der größte Teil aller Rentenempfänger keine Aufbesserung erhält.

Wir stellen fest, daß mehr als 20 Prozent aller Waisenrenten-Empfänger von einer Rentenaufbesserung ausgeschlossen sind. Die Witwenrenten-Empfänger erfahren nur dann eine Aufbesserung ihrer Rente, wenn der errechnete Betrag den bisherigen Mindestbetrag von 40 DM durch die Aufbesserung übersteigt. Auch in der Invalidenversicherung wird ein erheblicher Teil keine, oder nur eine ganz geringe Aufbesserung erhalten. Ein erheblicher Prozentsatz wird zwar eine Aufbesserung erhalten, die zum wesentlichen Teil jedoch durch Bezug einer zweiten Rente oder einer Fürsorgeunterstüzung wieder zur Verrechnung gelangt. Aehnlich liegen auch die Verhältnisse bei den Kriegsopfern. Es sollen nur diejenigen eine Erhöhung erhalten, die neben ihrer Grundrente eine Ausgleichsrente beziehen. Doch auch hier kommen die Mehrbezüge in der Ausgleichsrente zur Verrechnung.

Der Reichsbund hat in mündlicher Verhandlung mit dem Vizekanzler Blücher sowie mit Fachexperten mehrerer politischer Parteien auf diese untragbare Betimmungen hingewiesen und eine bessere Regelung verlangt.

Brückenbau in Oberbrügge



Kreuz und quer liegen die Balken und Baumaterialien, und wirr sieht es noch an der Baustelle der neuen Volmebrücke in Oberbrügge aus. Aber Stein auf Stein wird gefügt zum Unterbau. Breit und wuchtig werden sich die Fundamente, die einmal die moderne Brückenkonstruktion tragen sollen, in den Bachgrund stemmen. Im Hintergrund die alte 3 to-Brücke, mit der nach Fertigstellung der neuen ein Stück Oberbrügger Romantik verschwindet.
(Foto: Breitbach)

In Schalksmühle notiert . . .

Rotthauser Sänger auf froher Fahrt

Einmal im Jahr hinaus in die blühende Welt und auch mit Frauen, das hatten sich die Sänger diesmal zum Prinzip gemacht und so traten sie am Sonntag mittels Omnibussen die Fahrt in Schalksmühle an. In Halver gabs die erste, aber schöne Unterbrechung, galt es doch, dem früheren langjährigen Chormeister und jetzigen Ehren-Chormeister Dietrich Pälmer ein Geburtstagsständchen zu singen und zu gratulieren. Weiter gings durch herrliche Sommerlandschaften über W.-Barmen-Elberfeld-Vohwinkel zum Ittertal. Schloß Burg an der Wupper war das nächste Ziel. Hier Burgbesichtigung und entsprechende Rast, um dann einem befreundeten Verein der Umgebung einen Besuch abzustatten. Lange noch wird diese Fahrt allen Sangesbrüdern sowie auch den Frauen in angenehmer Erinnerung bleiben.

Schalksmühler Sängerfrauen am Laacher See

Wie alljährlich, so unternahmen die Frauen des Schalksmühler Männer-Gesangvereins in diesem Jahre „ihre" Fahrt zum Rhein und als Endziel zum „Laacher See". Nach üblicher Frühstücksrast wurde Neuwied gestreift, um in Andernach zu landen und das Mittagessen einzunehmen. Bei Remagen wurde nach Königswinter übergesetzt. Der Abschluß sollte in Marienheide erfolgen, wo dann auch noch herrliche, frohe und gemütliche Stunden verlebt wurden, die alle restlos begeiserten. Daß am „Laacher See" längere Rast gemacht wurde, ist verständlich und war auch lohnend, denn jede Gegend bietet eben ihre besonderen Reize. Bei dieser Gelegenheit konnte man einer früheren Schalksmühler Bauernfamilie einen Besuch abstatten.

Hohes Alter

Am morgige Donnerstag, dem 12. Juli, vollendet in körperlicher und geistiger Frische der Lagerist August Müller, Schalksmühle, Im Sundern, sein 70. Lebensjahr. Noch täglich geht er seiner Arbeit bei der Firma Gebr. Vedder, Schalksmühle, nach und erfreut sich bei seinen Vorgesetzten wie auch bei den Arbeitskollegen der allergrößten Beliebtheit. Seit Jahr und Tag ist er eifriger Leser unserer Heimatzeitung. Wir entbieten zum Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche!

Oberbrügge / Ehringhausen

Schlechte Wege werden in Ordnung gebracht

Schon des öfteren haben wir über die schlechten Verhältnisse des Weges von Haus Rhade nach Romberg berichten müssen. Diesem Uebel soll nun endgültig abgeholfen werden. Die Gemeinde Kierspe hat in ihrer letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, diese 4000 Meter lange Wegestrecke von Grund auf zu überholen. Das Ausbessern von großen Schlaglöchern wäre nur eine Notlösung. So will man eine ganz neue Decke herrichten lassen.

Alte Postsparbücher noch gültig. Das Bundesministerium weist darauf hin, daß neben den neuen Einheitspostsparbüchern auch alle alten roten Postsparbücher noch gültig sind, sofern sie nach der Währungsreform mit dem vorschriftsmäßigen Klebezettel versehen sind.

Verkehrsunterricht Pflichtfach

Nach einer den örtlichen Verkehrswachten zugegangenen Mitteilung, ist für alle Schulen der obligatorische Verkehrsunterricht genehmigt. Das heißt, daß in Kürze mit einer allgemeinen Einführung des Verkehrsunterrichts als Pflichtfach begonnen wird.

Investitionsanleihe macht Sorgen

Nächste Woche zwei Tage Sondersitzung

tx. Bonn, 10. Juli

Die Bundesregierung hat ein Schreiben an den Bundestagspräsidenten vorbereitet, in dem dieser gebeten wird, den Bundestag in der kommenden Woche zu einer zweitägigen Sondersitzung einzuberufen. Ursache hierzu sind die Schwierigkeiten, die bei der Investitionsanleihe aufgetreten sind, gegen die sich SPD und FDP gemeinsam wenden.

Verhandlungen zwischen einzelnen Abgeordneten der Koalitionsparteien haben am Dienstagnachmittag noch zu keinem Ergebnis geführt. Während für die Haltung der SPD politische Gründe angenommen werden, vermutet man hinter der Opposition zahlreicher FDP-Abgeordneter, die von Bundestagsabgeordneten Freudenberg geführt werden, starke wirtschaftspolitische Erwägungen.

Sachkenner des Regierungslagers glauben, daß am Wochenende die Verhandlungen in der Koalition nochmals aufgenommen werden, nachdem Bundeswirtschaftsminister Erhard aus den USA zurückgekehrt ist.

Deutsche Wirtschaft mit USA verbunden

Prof. Erhard sprach in Washington

dmt. Washington, 11. Juli

Mit einer Reise in die Vereinigten Staaten sei der Wunsch verbunden, die deutsche Volkswirtschaft enger mit der amerikanischen zu verbinden, erklärte Bundeswirtschaftsminister Erhard in Washington. Eine solche Verbindung werde es ermöglichen, die Arbeitslosigkeit in Deutschland einzuschränken und die freien industriellen Kapazitäten zu binden. Das setze Deutschland in den Stand, einen angemessenen Beitrag zur westlichen Verteidigung zu leisten.

Erhard äußerte sich über seine Besprechungen sehr befriedigt. „Es hat sich kein Gegensatz der Auffassungen gezeigt, im Gegenteil, ich bin der Ueberzeugung, daß diese Besprechungen sehr fruchtbar gewesen sind. Auf beiden Seiten sei das Verständnis füreinander gefördert worden.

Der Bundeswirtschaftsminister erklärte abschließend, daß eine Kontrolle der Löhne und Preise in Deutschland „nicht in dem unmittelbaren Sinne" beabsichtigt sei wie in den USA. Deutschland befinde sich in einer anderen Lage, da es nur einen indirekten Verteidigungsbeitrag zu leisten habe. Das deutsche Preisniveau sei von der Entwicklung der Weltmarktpreise abhängig. Ein Vergleich zwischen der Preisentwicklung beider Länder zeige, daß eine nahezu vollständige Uebereinstimmung bestehe, obwohl die Methoden an sich durchaus verschieden seien.

Familienausgleichkassen sollen Kinderreichen helfen

Gesetzentwurf der CDU im Bundestag — Kinderzulagen vom dritten Kind an geplant

rdt. Bonn, 10. Juli

„Die Lebensgrundlage der kinderreichen Familien zu bessern und zu sichern" — das ist der Grundgedanke des neuen Gesetzentwurfs, den die CDU dem Bundestag zur Beschlußfassung zugeleitet hat und der die Schaffung von Familienausgleichskassen vorsieht. Aus diesen Kassen soll für jedes dritte und folgende Kind eine Zulage geschaffen werden, die — dem Vorschlag zufolge — zwischen 15 und 30 DM im Monat liegen soll.

Die Mittel der Kassen werden durch die beitragspflichtigen Mitglieder aufgebracht, und zwar müssen jeweils soviel Beiträge bereitgestellt werden, wie die Kassen zur Gewährung der Zulagen brauchen. Den Beitrag soll die Bundesregierung festsetzen, sie bedarf indessen der Zustimmung des Bundestages, wenn sie dabei eine bestimmte Höhe überschreiten will. Das gleiche gilt für die Höhe der zu gewährenden Zulagen, die sich nach den jeweiligen Lebenshaltungskosten richten soll. Hier muß der Bundestag zustimmen, wenn die Regierung mehr als 30 DM oder weniger als 15 DM im Monat gewähren will.

Nach dem Entwurf ist jeder zur Mitgliedschaft verpflichtet, der im Sinne des Einkommensteuergesetzes unbeschränkt steuerpflichtig ist. Wer sein Geld in nichtselbständiger Arbeit verdient, für den hat der Arbeitgeber die Beiträge zu leisten. Der Arbeitgeber hat auch dafür zu sorgen, daß seine Angestellten der Familienausgleichskasse beitreten. Befreit von der Mitgliedschaft sind Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes von Ländern und Gemeinden, ebenso unbeschränkt Einkommensteuerpflichtige, die aus einer Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung oder aus öffentlichen Mitteln Kinderzulagen erhalten.

Im einzelnen ist vorgesehen, daß jeder Berufs- und Wirtschaftszweig eine Familienausgleichkasse errichtet und daß der Bundesminister für Arbeit darüberhinaus eine „allgemeine Familien-Ausgleichkasse" aufbaut, die alle Selbständigen erfaßt, sowie diejenigen, die nicht in der Ausgleichkasse eines Wirtschaftszweiges unterkommen.

Durch diese Kassen soll eine Besserstellung kinderreicher Familien erreicht werden, ohne daß in die Lohnzahlungen besondere Zuschüsse eingebaut werden, die von dem Ziel des Leistungslohns wegführen würden.

Luftbrückendenkmal eine Mahnung für die Welt

Weihe vor dem Flugplatz Tempelhof — 70 Luftwaffenangehörige gaben ihr Leben

gm. Berlin, 10. Juli

Zwei Jahre nach der Blockade Westberlins wurde das Denkmal für die Opfer der Luftbrücke feierlich eingeweiht. Es gilt dem Gedenken der siebzig amerikanischen und englischen Luftwaffenangehörigen, die ihr Leben im Dienst der Luftbrücke gaben und soll ein Mahnmal sein für die Zusammenarbeit der Westmächte und der Berliner zur Verteidigung der Freiheit.

Auf dem weiten Rund des Platzes vor dem Flughafen Tempelhof erhebt sich auf schwarzem Basaltsockel das symbolische Mahnmal. Aus einen großen Block steigen drei sich verjüngende zwanzig Meter hohe Bogen auf, die in westliche Richtung weisen: Gleichnis für die drei Luftkorridore zwischen Berlin und Westdeutschland. Das wegen seiner abstrakten Form anfangs umstrittene Denkmal fügt sich eindrucksvoll in die moderne, großzügige Anlage des Platzes der Luftbrücke und der Flughafenbauten.

Der Festakt der Denkmalsweihe erneuerte das gemeinsame Bekenntnis zur Freiheit. Die Hohen Kommissare McCloy und Kirkpatrick, General Carolet als Vertreter des französischen Hohen Kommissars, alliierte Generale, an ihrer Spitze der ehemalige Kommandant der Luftbrückenoperation, General Tunner, vereinigten sich mit den Repräsentanten Berlins und Bundesminister Jakob Kaiser als Vertreter der Bundesrepublik zu Ehren der gefallenen Piloten. „Dieses Denkmal", so sagte General Tunner, „ist eine Mahnung für die ganze Welt, daß freie Menschen gewillt sind, ihr Leben einzusetzen für die Grundsätze, an die sie glauben". Der französische General Pouvard versicherte, daß die Westmächte im Falle der Not bereit seien, die Luftbrücke zu wiederholen, und daß sie entschlossen für die Sicherheit Berlins einstehen würden.

Der regierende Bürgermeister Berlins, Reuter, enthüllte das Denkmal und legte als erster einen Kranz zu Ehren der gefallenen Piloten nieder, während die Ehrenkompanien der drei Westmächte präsentierten und eine deutsche Polizeikapelle das Lied vom guten Kameraden spielte.

So kurz wie möglich

Der Friedensvertrag für Japan wird nach Mitteilung von Regierungsstellen in Washington nicht vor Anfang 1952 vom USA-Kongreß ratifiziert werden.

Der amerikanische Hohe Kommissar McCloy wird voraussichtlich Ende dieser Woche mit leitenden Funktionären des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Kohlenbergbauleitung zusammentreffen. Hauptthema der Unterredung soll die Zukunft des deutschen Kohleverkaufs sein, der im Schumanplan neu geregelt werden soll.

Ein Schiff passierte unter deutscher Flagge zum ersten Mal seit 1939 den Suez-Kanal. Die „Klaus Schocke", die einer Reederei in Hamburg gehört, hat 9700 Tonnen Kali für Japan geladen.

Den Sturz aus dem dahinrasenden Expreßzug Marseille—Paris überstand ein sechsjähriges Mädchen unversehrt. Die Kleine hatte während der Fahrt durch einen Tunnel die Wagentür geöffnet und war hinausgestürzt. Sieben Züge donnerten in voller Geschwindigkeit an ihr vorbei, als sie über eine Stunde lang durchs Dunkel tappte.

Norwegen und Dänemark würden dem amerikanischen Vorschlag, Spanien in den Atlantikpakt aufzunehmen, ein bestimmtes Nein entgegensetzen, meldet die Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter".

Ein amerikanisches Gericht in Nürnberg verurteilte eine 25jährige Tschechin zu drei Jahren Gefängnis. Sie hatte in Deutschland für den tschechischen Geheimdienst spioniert.

Auf dem Flug zwischen England und Irland verschwand am Dienstag ein britisches Postflugzeug. Es wird angenommen, daß sich nur der Flugzeugführer an Bord befand.

Ein neuer Sonderdienst der ostdeutschen Staatspolizei, „Unruhereferat", wurde zur Untergrabung des moralischen Widerstandes der Westdeutschen geschaffen.

In Kairo wurde am Dienstag, — dem Vorabend der Beschießung Alexandriens durch die britische Flotte im Jahre 1882 — der Ausnahmezustand verhängt. Die Regierung hat für Mittwoch alle öffentlichen Demonstrationen verboten.

Der Gesundheits- und Arbeitsminister der Goldküste, Gbedmah, wird Düsseldorf besuchen, um über den Ankauf von Maschinen und anderen deutschen Waren zu verhandeln.

Der Vatikan gab bekannt, der Heilige Stuhl respektiere den Wunsch des Erzbischofs von Agram, Stepinatz, lieber bei den ihm anvertrauten Gläubigen zu bleiben, als einer Freilassung unter Bedingungen zuzustimmen.

Bernard Baruch, der langjährige Berater Präsident Roosevelts, besuchte in Frankfurt den amerikanischen Hohen Kommissar Mc Cloy.

Filmquotengesetz gefährdet Existenz der Kinos

Forderungen des Zentralverbandes der deutschen Filmtheater

Bonn. Das Präsidium des Zentralverbandes der deutschen Filmtheater verlangte am Montag vor Pressevertretern anstelle eines Quotengesetzes die Einrichtung eines Filmfinanzierungsinstituts..

Gemeinsam mit einer geringen steuerlichen Belastung und gleichzeitigen Einführung eines „Filmforschers" könne so der notleidenden deutschen Filmproduktion besser geholfen werden als durch einseitige Belastung der Filmtheater mit deutschen Filmen, die durch mangelnde Finanzierungsmöglichkeit den Qualitätsansprüchen des Publikums nicht Rechnung trügen. Auf Vorschlag der Filmtheaterbesitzer können in einem von Produzenten und Theaterbesitzern gemeinsam besetzten Enquete-Ausschuß unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Produktion, im Verleih und bei den Theatern geprüft werden.

In diesem Zusammenhang sei auch eine genaue Marktanalyse vorzunehmen, um die geeigneten Voraussetzungen für neue produktionsfördernde Maßnahmen auf dem Gebiet der Film-Wirtschaft treffen zu können. Der Zentralverband der deutschen Filmtheater nimmt für sich als besten Kenner des Publikumsgeschmacks in Anspruch, an einer überwachenden dramaturgischen Führung der deutschen Filmproduktion beteiligt zu werden. Damit sollen alle künstlerischen Experimente ausgeschaltet werden, die bisher die deutsche Filmproduktion belastet haben.

Stuttgarts Löwenbaby wieder wohlauf

Stuttgart. Mit großem Interesse verfolgt die Bevölkerung das Geschick des Löwenbabys, das als einziges von dem Dreierwurf die Bisse der Löwenmutter und der ersten Hundeamme überstand. Der Versuch, das Tier mit der Flasche aufzuziehen, schlug vollkommen fehl und brachte kolikartige Anfälle. Jetzt hat das Löwenbaby eine Boxerhündin als Amme erhalten und ist seitdem wohlauf, sehr zur Freude der vielen Besucher des Tierparks „Wilhelma".

„Besser Badenweiler Marsch als Internationale"

Polizeidebatte im nordrhein-westfälischen Landtag

dmt. Düsseldorf, 11. Juli

„Es ist besser, wenn die Polizisten den Badenweiler Marsch pfeifen als wenn sie die Internationale singen", erklärte der Sprecher der Nationalen Rechten in der FDP-Fraktion, Steuer, in der Aussprache des nordrhein-westfälischen Landtages über die Bereitschaftspolizei. Der frühere SPD-Innenminister, Menzel, forderte die Aufstellung einer wirklichen Polizei, die mit Militär nichts zu tun habe. Er kritisierte, daß Nordrhein-Westfalen noch keine einzige Einheit der Bereitschaftspolizei besitze. Innenminister Flecken (CDU) betonte, daß die Polizei eine militärähnliche Ausrüstung haben müsse, um sich gegen die Kommunisten behaupten zu können.

In allen Bundesländern verboten

dpa. Bremen, 11. Juli

Das FDJ-Verbot der Bundesregierung ist jetzt in allen Ländern der Bundesrepublik verwirklicht worden. Als letztes Land hat Bremen am Dienstag die FDJ für ihr Gebiet aufgelöst und ihr jede Betätigung untersagt.

KPD-Stadtrat verurteilt

dpa. Freiburg, 11. Juli

Der kommunistische Freiburger Stadtrat Hans Schäfer wurde am Dienstag vo einem französischen Militärgericht wegen unerlaubten Sammelns militärischer Informationen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil gegen den mitangeklagten kommunistischen Journalisten Neidecker aus Rheinfelden wurde aufgeschoben, weil er zur Verhandlung nicht erschienen war.

Wieder neue Steuern in Sicht

tx. Bonn, 11. Juli

Aus maßgeblichen Regierungskreisen verlautet, daß nach den Parlamentsferien mit einer hohen neuen Steueranforderung zu rechnen ist. Dabei handelt es sich um die Deckung des bereits 725-Millionen-D-Mark-Fehlbetrages und um weitere zwei Milliarden D-Mark, wovon 1,6 Milliarden auf Besatzungskosten und 240 Millionen D-Mark auf zusätzliche Hilfeleistung für Berlin entfallen, das damit, wie ein Regierungsmitglied erklärte, 850 Millionen D-Mark, also mehr als das Doppelte dessen erhält, was die Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann.

Wie Angehörige der Regierungskoalition erklären, beabsichtigt man, die zusätzliche Berlin-Hilfe durch Aufschläge auf das Notopfer Berlin aufzubringen und die Besatzungskosten, für deren Verringerung nach Auffassung offizieller Regierungsstellen kaum noch Aussichten bestehen, wenn nicht Auslandsanleihen für deren Zweck mobilisiert werden, durch einen zweckgebundenen Zuschlag zum Einkommensteuertarif und zu den Rundfunkgebühren zu beschaffen.

„Haller Räuberbande" beteiligte Polizisten

Schwere Beschuldigungen gegen mitverwickelte Beamte

Bielefeld. Im Prozeß gegen die sogenannte „Haller Räuberbande" vor der Bielefelder Strafkammer erhoben die Angeklagten schwere Beschuldigungen gegen die mitverwickelten Polizeibeamten. So sagte der Angeklagte Drosdow, der Polizist Höfmann habe ihm schon zu Beginn ihrer Bekanntschaft geraten, bei Einbrüchen immer Handschuhe anzuziehen, um keine Fingerabdrücke zu hinterlassen. Höfmann habe ihm sogar drei Paar Handschuhe gegeben. Drosdow behauptet auch, die Polizisten Kemner und Höfmann hätten mit ihm in Köln Karneval feiern wollen und ihn gebeten, dafür Geld zu besorgen. Sie hätten ihm einen Einbruch in Kirchdornberg bei Bielefeld vorgeschlagen, da es dort drei Goldwarengeschäfte und nur einen Polizeibeamten gebe. Von allen erbeuteten Sachen hätten die Polizeibeamten neunzig Prozent bekommen, er selbst habe höchstens zehn Prozent behalten. Die Beamten bezeichneten das als „übertrieben".

10 000 D-Mark für Segelflug-Dauerrekord

Frankfurt. Ein Barscheck über 10 000 D-Mark zur Unterstützung des vom inoffiziellen deutschen Segelflug-Weltrekordmann Ernst Jachtmann geplanten Weltrekordangriffs im Doppelsitzer wurde Jachtmann durch den stellvertretenden Generaldirektor der skandinavischen Luftfahrtgesellschaft (SAS) in Deutschland, Henry Hansen, überreicht.

Jachtmann will im Herbst mit einem bis dahin fertiggestellten doppelsitzigen Segelflugzeug vom Typ „Kranich" zusammen mit dem offiziellen Weltrekordinhaber im Dauerflug, dem Franzosen Guy Marchand, im Rhonetal — 40 km nördlich von Marseille — den Dauerflug-Weltrekord angreifen, der von den Deutschen Boedicker/Zander mit 50:26 Stunden 1938 in Rossitten mit einem „Kranich" aufgestellt wurde.

Keine Auswanderungslust zeigen die Volksdeutschen aus der Bundesrepublik und Oesterrreich. 54 000 dürfen in die Vereinigten Staaten auswandern, aber 2 500 haben sich nur gemeldet.

Bonn will feststellen, wo der Zucker bleibt

Meldepflicht für verarbeitende Betriebe vorgesehen

rdt. Bonn. 10. Juli

Eine Meldepflicht der „Zucker be- und verarbeitenden Betrieb" sieht eine Novelle zum Zuckergesetz vor, die die Regierung jetzt dem Bundestag zugeleitet hat. Bisher hatte die Regierung nicht die Möglichkeit, den Verbleib des Zuckers auf dem Markt festzustellen und zu kontrolllieren, was an sogenanntem Mundzucker an den Verbraucher geht und was die zuckerverarbeitende Industrie schluckt. Ueber ihre Zuckervorräte müssen die Fabriken jetzt auf Anfrage Auskunft geben.

Das gleiche Gesetz, das dem Bundesrat schon vorgelegen hat, schafft auch die Möglichkeit, Ausgleichsabgaben bei Zuckerfabriken und Raffinerien zu erheben. Dadurch wird ein einheitlicher Zuckerpreis ermöglicht. Die neue Regelung, nach der die Regierung die Erzeugerpreise für Zuckerrüben, die Verbraucherpreise für Zucker und die Handelsspannen festsetzten kann, schließt sich insofern an die Marktordnungsgesetze für Milch und Fett an, als die Uebernahme- und Abgabepreise für den eingeführten Zucker in Zukunft von der Einfuhr- und Vorratsstelle bestimmt werden. Die Bundesregierung verspricht sich von dieser neuen Regelung die Abkürzung des Instanzenweges bei der Abwicklung der Einfuhren.

Bundesgesundheitsbeirat kommt

dpa. Bonn, 10. Juli

Ein Bundesgesundheitsbeirat soll in Kürze als selbständige Behörde errichtet werden. Die Bundesregierung hat dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Bundesgesundheitsamtes zugeleitet. Nachdem der Bundesrat dem Aufbau grundsätzlich zugestimmt hat, sollen jetzt die Mitglieder des Gesundheitsbeirates berufen werden. Bundesinnenminister Dr. Lehr teilte auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion mit, daß in den Beirat Sachverständige der Medizin, der Lebensmittelchemie, der Pharmazeutik, der Veterinärhygiene, des Wasserbaues, des Hochbaues und Angehörige der Heil- und Heilhilfsberufe berufen werden sollen.

Frankfurt — Branntweinstadt

rdt. Bonn, 10. Juli

Bei der Abstimmung über den Sitz der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein im Bundestag blieb der Raum von Frankfurt mit 172 Stimmen Sieger, se folgte Münster mit 76, Bückeburg mit 54 und Berlin mit 19 Stimmen. Gleichzeitig wurde das Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Flugzeug über Abadan abgestürzt

dmt. Abadan, 10. Juli

Am Dienstagvormittag stürzte über der Oelraffinerie von Abadan ein zweimotoriges Flugzeug der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft ab. Nach bisherigen Feststellungen sind der britische Pilot und ein Oelarbeiter ums Leben gekommen. Es ist jedoch möglich, daß noch weitere Personen den Tod fanden, da zur Zeit noch nicht feststeht, wieviel Personen in dem völlig ausgebrannten Flugzeug waren.

Der Selbstaufopferung des britischen Piloten ist es zu verdanken, daß der Absturz des Flugzeuges nicht zu einer unabsehbaren Katastrophe geführt hat. Im letzten Augenblick gelang es dem Piloten, die Maschine an einem Lager mit Petroleumkanistern vorbeizulenken. Wäre die Maschine auf dieses Lager gestürzt, dann wären die Folgen unausdenkbar gewesen.

Habe mich am 10. Juli 1951 in
Gummersbach, Hindenburgstr. 13 als homöopathischer Arzt
niedergelassen. Sprechstunden 9-12 und 15-18 Uhr
außer mittwochs- und samstags Nachmittag
Fernsprecher 2321 Gummersbach
Zugelassen zu den privaten Krankenkassen
Dr. med. Herbert Bürger (Mitglied der Deutschen Zentralvereinshomöopath. Ärzte u. d. Bundesverbandes Deutscher Ärzte für Naturheilverfahren)

Knauers Lexikon (A-Z)
38000 Stichwörter, 2700 Illustrationen, 62 einfarbige und mehrfarbige Bildtafeln, 60 Schaubilder, 40 ein- und mehrfarbige geographische Karten, 70 Übersichten.
DM 9.80 Buchhandlung Wilh. Bell jr. Halver

BOTIL DALLI
Selbsttätig wäscht fabelhaft

300 qm Rasenfläche
unentgeltlich zur Nutzung frei.
Zu erfr. in der Geschäftsstelle des Allgem. Anzeigers

6 Wochen alte
Ferkel

abzugeben.
Erich Tacke
Eickerhöhe, Telefon 276